

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND
13 / 2008

Politischer Sonderbericht Democratic National Convention 2008

2. September 2008

Ulf Gartzke
Verbindungsstelle Washington



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: 089 1258-202 oder -204
Fax: 089 1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Demokraten schließen in Denver die Reihen

- Die Democratic National Convention 2008 (25. bis 28. August in Denver / Colorado) ist vorbei. Im Vorfeld des gigantischen Politikspektakels wurde zwar noch heftig über die potentiellen Nachwirkungen des erbitterten Vorwahlkampfes Obama vs. Clinton spekuliert (Werden Bill und Hillary ihren Rivalen Barack wirklich ernsthaft unterstützen? Droht eine Spaltung der Demokraten? etc.). Doch in letzter Konsequenz hatten Bill und Hillary Clinton keine andere Wahl, als sich in Denver als getreue Parteisoldaten zu präsentieren (schließlich will sich Hillary für den Fall einer Niederlage Obamas alle Optionen für eine erneute Kandidatur 2012 offen halten). So konnte Barack Obama am Ende den Demokraten-Parteitag effektiv dazu nutzen, die eigene Partei zu einen und sich dem Rest Amerikas durch eine rhetorisch brillante Abschlussrede vor 80.000 Menschen als klare Alternative zu seinem republikanischen Rivalen John McCain zu präsentieren. Obama schlug dabei auffallend häufig populistische Töne an („More populism than poetry“ lautete denn auch das Urteil der führenden Zeitung in Denver am Tag nach Obamas Rede). Der Populismus ist ein klarer Indikator dafür, dass die Demokraten die aktuelle US-Finanzkrise und die hohen Energiepreise im Wahlkampf 2008 offensiv ausschlachten und damit gegenüber den Republikanern entscheidend punkten wollen. Der millionenschwere McCain (seine Frau Cindy und er besitzen sieben Häuser) wird deshalb von Obama immer wieder als „out of touch“ mit dem Leben normaler Mittelklasse-Amerikaner porträtiert. Wie nicht anders zu erwarten, ging Barack Obama nach dem Denver-Parteitag mit 48 zu 42 Prozent in den Meinungsumfragen gegenüber John McCain in Führung (kurz davor lieferten sich die beiden mit 44 zu 44 Prozent ein Kopf-an-Kopf Rennen).
- Obama stand in Denver zweifelsohne unter enormen Erfolgsdruck. Nachdem er seit Anfang August aufgrund negativer „attack ads“ (z.B. der Werbespot-Vergleich zwischen Barack Obama und Paris Hilton) sowie der Georgien-Krise seinen Umfragen-Vorsprung auf John McCain verloren hatte, musste Barack Obama nun unbedingt wieder das Heft in die Hand bekommen. Deshalb auch die Nominierung Joe Bidens, des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im US-Senat, zum Vize-Präsidentenskandidaten. Er soll die in der US-Wählerschaft vielerorts bestehenden Zweifel hinsichtlich Obamas Kompetenzen in außen- und sicherheitspolitischen Fragestellungen ausräumen helfen. So ist es kein Zufall, dass Senator Biden wenige Tage vor seiner Nominierung zum Obama-Vize und gegen den ausdrücklichen Willen von Pentagon und State Department auf eigene Faust kurzerhand per Linien-Maschine nach Georgien flog, um Präsident Michail Saakaschwili zu treffen und sich selbst vor Ort ein Bild von der politisch-militärischen Lage zu machen. Die beabsichtigte Botschaft an die US-Wähler war klar: Schaut her, Joe Biden kann es in puncto Erfahrung bei der Bewältigung außen- und sicherheitspolitischer Krisen allemal mit John McCain aufnehmen. Auch Bidens dezidiert Russland-kritischen Töne passten genau in dieses Schema und sollten das politisch gefährliche Leichtfuß-Image der Demokraten (Barack Obama vergnügte sich zu Beginn der Georgien-Krise beim Wellenreiten auf Hawaii) schnellstmöglich korrigieren.

Impressionen vor Ort

- Die anlässlich des Demokraten-Parteitags in Denver zunächst erwarteten 40.000 Demonstranten (vornehmlich aus dem links-pazifistischen bzw. anarchistischen Lager) blieben größtenteils zu Hause. Auch vor dem Hintergrund massiver Sicherheitsvorkehrungen (Polizei, Marines, National Guards etc.) kam es nur vereinzelt zu gewaltsamen Zusammenstößen mit den wenigen angereisten Protestlern. Sofern überhaupt vorhanden, zielten die politischen Forderungen der Proteste vornehmlich auf einen sofortigen Rückzug aller US-Truppen aus dem Irak. Barack Obama selbst befürwortet den Rückzug eines Großteils aller US-Streitkräfte bis zum Sommer 2010, will jedoch US-Spezialeinheiten im Irak bzw. in der Region belassen, um gezielt Anti-Terrorschläge gegen das El Kaida-Netzwerk durchführen zu können. In diesem Zusammenhang darf natürlich nicht vergessen werden, dass vielen Randalierern letztlich jeder Vorwand recht ist, um ihrem gewalttätigen „Hobby“ zu frönen.

- Auch einige republikanische Aktivisten hatten sich in die Höhle des Löwen nach Denver getraut. So hielten mehrere Gruppen von „Young Republicans“ in der Innenstadt demonstrativ „McCain“-Plakate in die Höhe und verteilten „Nobama“-Sticker an Passanten. Einige der Republikaner hatten auch nachgemachte Zugangspässe für den Demokraten-Parteitag mit dem Slogan „NOT READY“ um ihren Hals baumeln. Per Lautsprecher-Wagen wurden darüber hinaus die Hillary-Anhänger aufgerufen, am 4. November für John McCain und gegen Barack Obama zu stimmen. Umfragen zufolge wollten vor dem Parteitag in Denver lediglich 65 bis 70 Prozent der Hillary-Anhänger ihre Stimme am 4. November Barack Obama geben; rund 20 Prozent bevorzugten hingegen John McCain. Auch Abtreibungsgegner nutzten die Gelegenheit, um in Denver gegen den „pro choice“-Kurs der Demokraten zu protestieren. So fuhren mehrere Lastwagen mit schockierenden Farbfotos von Überresten abgetriebener Babys durch die Innenstadt von Denver (ein besonders drastisches Foto zeigte z.B. eine blutige, abgehackte Fötus-Hand neben einer im Vergleich dazu deutlich größeren 25-Cent Münze).

Außenpolitische Diskussionen in Denver

- Das vom National Democratic Institute (NDI) anlässlich des Parteitags für ausländische politische Repräsentanten organisierte International Leaders Forum (ILF) vermittelte interessante Einblicke in die außenpolitische Agenda der Demokratischen Partei. Der stark von den Obama-Beratern propagierte Multilateralismus wird dabei vor allem als Mittel gesehen, den (europäischen) Alliierten Amerikas mehr Unterstützung bzw. „burden-sharing“ bei der Bewältigung drängender sicherheitspolitischer Herausforderungen (Afghanistan, Iran etc.) abzuverlangen („Our allies must do more.“). Beim Thema Afghanistan wurde dabei unter anderem Deutschland in der Pflicht gesehen (funktionale / geografische Ausweitung des Bundeswehr-Mandats). Im Gegenzug versprechen die Vertreter einer potentiellen Obama-Administration, dass sie den Verbündeten wirklich zuhören wollen, statt diese zu belehren („we will listen and not lecture“). Auch der zügige Abzug der meisten US-Truppen aus dem Irak bis 2010 wird als unerlässlich betrachtet, um eine weitere Überdehnung und dauerhafte Schwächung der US-Streitkräfte zu verhindern („The Bush administration’s militarized foreign policy has broken the back of our armed forces“). Bush habe durch sein militärisches Abenteuer im Irak die Situation in Afghanistan unweigerlich dramatisch verschlechtert, so die Kritik der Demokraten. Der kanadische Botschafter in Washington – ein enger Vertrauter des konservativen Premierministers Stephen Harper – nutzte den Demokraten-Parteitag in Denver in diesem Zusammenhang, um die politischen Repräsentanten aller dort vertretenen NATO-Staaten zu einem Empfang einzuladen, wo er nachdrücklich für mehr Bündnis-Solidarität beim Afghanistan-Einsatz warb. Kanada ist militärisch stark in Afghanistan engagiert und hat dort innerhalb der letzten Jahre nicht unerhebliche Verluste erlitten.
- Das Thema Russland/Georgien-Krise kam in den außenpolitischen ILF-Diskussionen überraschenderweise nur am Rande vor (die Obama-Berater warnten, dass McCains sehr harter, Russland-kritischer Kurs – Ausschluss aus der G8 etc. – kontraproduktiv sei und die Beziehungen zu Moskau nur unnötig weiter verschlechtern würde). McCain wurde in diesem Zusammenhang von den Demokraten durchweg in eine außenpolitische Linie mit der Bush-Cheney-Administration gestellt. Laut Richard Holbrooke, dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland, stellt sich die außenpolitische Lage im Januar 2009 (El Kaida, Irak, Aufstieg von Russland und China, Nuklearproliferation, hohe Energiepreise, Klimawandel etc.) für jede neue US-Administration (egal, ob Obama oder McCain gewinnt) äußerst schwierig dar und werde an Dramatik lediglich von der Situation während des Zweiten Weltkriegs bzw. vor Ausbruch des amerikanischen Bürgerkriegs übertroffen. Gerade deshalb seien die Pläne der Demokraten bezüglich des selektiven, intelligenten Einsatzes amerikanischer Machtressourcen („smart power“ – sowohl diplomatisch wie auch militärisch definiert) der beste Weg, um die nationalen Interessen Amerikas in einer zunehmend fragmentierten, multipolaren Welt wirksam zu bewahren.

Ulf Gartzke ist Leiter der Verbindungsstelle Washington der Hanns-Seidel-Stiftung.